

Protokoll Mitgliederversammlung

| Ort | Datum | Sitzungsleitung | Zeit |
|-------------------------------------|----------|-----------------|-------------------|
| Nienburg - Holtorf, Krügerhof | 5.5.2011 | Angelika Campen | 10.00 - 15.30 Uhr |

TOP 1: Begrüßung

Beate Kasper begrüßt die Anwesenden und übergibt die Versammlungsleitung an Angelika Campen

TOP 2: Genehmigung der Tagesordnung

Der in der Einladung enthaltene Tagesordnungspunkt 8 Schule - Quo Vadis am Beispiel der BBS entfällt, da kein Referent gefunden werden konnte.

TOP 3: Vorstandsberichte

Beate Kasper berichtet von den Aktivitäten des Kreisvorstands im vergangenen Jahr.

Montags findet eine regelmäßige Sprechstunde im Büro statt. Da diese nicht sehr stark in Anspruch genommen wird, soll die zukünftige Gestaltung auf den Prüfstand kommen.

Wegen zahlreicher wahrzunehmender Termine und krankheitsbedingter Ausfälle gab es häufiger Terminprobleme. Zur Unterstützung der Geschäftsleitung hat der Vorstand Christiane Porter eingestellt.

Der KV Nienburg hat sich, unterstützt durch das große Engagement von Angelika Campen und Birgit Burdorf, aktiv an den Warnstreiks beteiligt. Im Kreis haben 32 Kolleginnen und Kollegen gestreikt.

Eine Elternbefragung zur IGS wird auch weiterhin durch den Landkreis abgelehnt. In diesem Zusammenhang wird auf eine Veranstaltung am 16. Mai in Liebenau zum Thema Schulentwicklung im Landkreis hingewiesen.

Der KV Nienburg hat für das Volksbegehren Gute Schulen Unterschriften gesammelt. Durch gerichtlichen Beschluss wird es eine Verlängerung der Frist geben.

Auch im KV Nienburg gibt es ein Nachwuchsproblem. Trotz steigender Mitgliederzahlen ist es noch nicht gelungen, insbesondere jüngere Mitglieder zu einer aktiven Mitarbeit zu gewinnen. Darin sieht der Vorstand einen Schwerpunkt seiner Arbeit im kommenden Jahr.

TOP 4: Eberhard Brandt: Aktuelle Entwicklung in der Bildungspolitik aus gewerkschaftlicher Sicht

Der ursprüngliche Tagesordnungspunkt 7 wird an diese Stelle vorgezogen. Der

Landesvorsitzende Eberhardt Brandt geht in seinen Ausführungen insbesondere auch auf die Themen des Vorstandsberichtes ein.

Zum Thema steigende Arbeitsbelastung führt er aus, dass es zwar mehr Lehrer gibt, aber nicht mehr Unterrichtsstunden. Einerseits gibt es einen großen Anteil an Teilzeitlehrkräften, zum anderen stehen durch den Abbau der Arbeitszeitkonten viele Stunden nicht zur Verfügung.

Ein weiterer Belastungsfaktor sind die sehr unterschiedlichen Klassenstärken. Hinzu kommt ein erhöhter Leistungsdruck in den Schulen, bedingt durch Erwartungsdruck der Eltern, Vergleichsarbeiten, Schulinspektion etc. Lehrerstunden werden gebunden durch kleine und kleinste Stunden und die Aufrechterhaltung von Schulstrukturen.

Zum Thema Ganzttag führt Eberhard aus, dass für einen vernünftigen Ganzttag 20 - 30% mehr Personalkosten eingeplant werden müssen. Er fordert Schulen, die ein Ganzttagsangebot beantragen wollen, deshalb auf, ihren Anspruch auf Personalausstattung einzufordern. Durch die derzeitigen Verträge im Ganztagsbereich werde massenhaft Sozialversicherungsbetrug begangen. Eine Unterscheidung in unterrichtsnah und -ferne Angebote sei nicht zulässig und widerspreche Ganzttagserlass. Alle Beschäftigten an einer Schule unterstehen der Weisung durch die Schulleitung. Deshalb sollten auch im Ganztagsbereich nur qualifizierte Kräfte arbeiten, die dann auch angemessen bezahlt werden. Im Prinzip seien das festangestellte Lehrkräfte, Sozialpädagogen u. ä.

Die Einbindung von Lehrkräften in den Ganzttag kann auch entlastende Momente enthalten, z.B. weniger Korrekturen. Es wird davon ausgegangen, dass es zur Zeit in Niedersachsen etwa 7000 rechtswidrige Verträge gibt.

Die GEW fordert den gebundenen Ganzttag bei einem zusätzlichen Personalansatz von 2,5 Stunden pro Klasse und Woche sowie eine angemessene Bezahlung für die Beschäftigten.

Zur Lehrerausbildung stellt Eberhard fest, dass schon jetzt ein Mangel an Nachwuchs besteht. Statt der Aufgliederung in unterschiedliche Lehrämter sollte es ein einheitliches Lehramt für Sekundarstufen geben mit einem Zusatzstudium für die Sekundarstufe II sowie eine einheitliche Vergütung. Davon getrennt werde sollte das Grundschullehramt, das aber wiederum mit der Elementarbildung verknüpft werden sollte zu einem gemeinsamen Studium. Die Bezahlung sollte für alle Lehrämter gleich sein.

Zum Thema Tarifpolitik verweist Eberhard auf erreichte Ziele bei der Eingruppierung des nichtlehrenden Personals, dies sei allerdings bei den angestellten Lehrern noch nicht gelungen. Hier gebe es erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. Zum Verbot des Beamtenstreiks weist er darauf hin, dass dies gegen europäisches Recht verstößt.

Zur Schulpolitik berichtet Eberhard, dass der Kurs nach dem Wechsel im Kultusministerium zunächst in Richtung kleinerer IGSen ging, Althusmann sich aber mit seinen ursprünglichen Vorhaben nicht durchsetzen konnte und

insbesondere durch die Blockade der FDP, aber auch aus der CDU ausgebremst wurde.

Immer mehr Eltern wollen aber die IGS. Dabei sollte aber schon eine Vierzügigkeit gegeben sein, um z.B. ein angemessenes Sprachangebot und Profilbildung in unterschiedlichen Bereichen bieten zu können.

40% der Gymnasiasten scheitern heute in Niedersachsen, vor einigen Jahren waren es noch 30%, sodass hier ein starker Anstieg zu verzeichnen ist.

Diese Fakten und die engen Kontakte der GEW mit dem Städtetag, Landkreistag, Landeselternrat und den Oppositionsparteien ergeben gute Chancen, doch noch eine Veränderung bewirken zu können.

Zur Problematik der aktiven Einbindung von GEW-Mitgliedern weist Eberhard darauf hin, dass den vielen Neueintritten auf der anderen Seite aber auch viele Austritte gegenüberstehen und er sieht drin das größere Problem. Eine stärkere Einbindung jüngerer Mitglieder sollte über themenbezogene Angebote erfolgen, bei denen attraktive Arbeitsstrukturen geschaffen werden sollten. In diesem Zusammenhang weist Eberhard auch noch auf die Bedeutung der kommenden Personalratswahlen hin.

TOP 5: Kassenbericht

Nach der Mittagspause erläutert Klaus Ihle den Kassenbericht.

TOP 6: Bericht der Kassenprüfer

Ulla Graminski-Bolte und Hiltraud Kaufeld haben die Kassenprüfung durchgeführt. Es gab keinerlei Beanstandungen, deshalb wird Entlastung beantragt.

TOP 7: Entlastung des Vorstandes

Der Vorstand wird einstimmig entlastet.

TOP 8: Haushaltsplan

Klaus Ihle erläutert den Haushaltsplan für das kommende Haushaltsjahr.

TOP 9: Wahlen

9.1 Wahl eines Wahlausschusses

Angelika Campen und Friedhelm Schäfer werden einstimmig gewählt.

9.2 Wahl von zwei stellvertretenden Vorsitzenden

Andrzej Bojarski wird bei einer Enthaltung einstimmig gewählt.

Antje Werkmeister wird in Abwesenheit einstimmig gewählt.

9.3 Wahl der Geschäftsführerin

Rita Hammermeister wird bei einer Enthaltung einstimmig gewählt.

9.4 Wahl des Schatzmeisters

Klaus Ihle wird bei einer Enthaltung einstimmig gewählt.

9.5 Wahl von Delegierten auf Bezirks- und Landesebene

Beate Kasper, Andrzej Bojarski und Antje Werkmeister sowie Rita Hammermeister und Klaus Ihle als Stellvertreter werden einstimmig gewählt.

9.6 Wahl der Kassenprüfer

Friedhelm Schäfer und Jutta Lohr werden einstimmig bei zwei Enthaltungen gewählt.

Der Posten des Pressewartes bleibt weiterhin offen, da es keine Kandidaten gibt.

TOP 10: Personalratswahlen 2012

Der genaue Termin steht noch nicht fest. Angelika weist aber auf die Bedeutung einer starken Personalvertretung hin, auch im Hinblick darauf, dass Arbeitsverträge mitbestimmungspflichtig sind.

TOP 11: Anträge

Anträge liegen nicht vor.

TOP 12: Anfragen und Dringliches

Es wird darauf hingewiesen, dass Achim Kusserow die diesjährige Jahresfahrt für den 2. Juli plant. Ziel soll das Klimahaus in Bremerhaven sein.

Schließlich wird die Ganztagsschulproblematik noch einmal thematisiert.

Personalräte werden aufgefordert, sich die Verträge von der Schulleitung zeigen zu lassen. Auch Beschäftigte, die schon einen rechtsunwirksamen Vertrag hatten, haben Anspruch auf einen unbefristeten Vertrag.

Die Schulleitungen sind gehalten, nur befristete Verträge abzuschließen, diese müssen aber nach zwei Jahren entfristet werden.

Kooperationspartner müssen über ein Zertifikat für Arbeitnehmerüberlassung verfügen.

Wegen der ungeklärten Rechtslage sollte derzeit von Anträgen auf Ganztagsbetrieb lieber ganz abgesehen werden.

Im Zweifel sollten Personalräte sich an den Bezirkspersonalrat wenden.

Protokollantin: Marianne Bebing